

SP-Fraktion vom 18. Dezember 2015

Antrag:

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Thun im Anschluss an den sechsmonatigen Betrieb des Bundesasylzentrums dem Kanton eine Anlage zur Unterbringung von Asylsuchenden zur Verfügung stellen kann.

Begründung:

Die internationale Flüchtlingssituation hat sich in den letzten Monaten grundlegend verändert. Alle sind aufgefordert im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei der Lösung der anstehenden Herausforderungen, insbesondere im Zusammenhang mit der Unterbringung, mitzuhelfen. Der Betrieb des Bundesasylzentrums ist zeitlich befristet. Nach Ablauf der sechs Monate wird der Kanton weiter auf Unterbringungsmöglichkeiten angewiesen sein. Die Stadt Thun soll sich solidarisch zeigen und Kollektivunterkünfte ohne örtliche Einschränkung anbieten.

Von Sommer 2013 bis Ende 2014 wurde die Truppenunterkunft in Allmendingen für Asylsuchende genutzt. Es wurde ein umfangreiches Betreuungs- und Sicherheitskonzept erarbeitet und umgesetzt. Dieses war sehr effektiv, so dass es in der Bevölkerung zu sehr wenigen Beanstandungen im Zusammenhang mit der Asylunterkunft gekommen ist. Die gemachten Erfahrungen waren äusserst positiv. Die in der Stadtratsdebatte vom 16.12.11 von verschiedenen Fraktionen geäusserten Befürchtungen sind im Betrieb in Allmendingen nicht eingetroffen. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass mit entsprechenden Massnahmen weitere Asylunterkünfte z.B. auch in unmittelbarer Nähe von Schulanlagen ohne Gefahr für die Schülerinnen und Schüler betrieben werden können. Die Erfahrungen in den letzten Monaten haben gezeigt, dass die Hilfsbereitschaft und Solidarität in der Bevölkerung gewachsen sind und Ängste und Vorurteile nicht mehr dominieren. Die grosse Bereitschaft zum freiwilligen Engagement wird dazu beitragen, dass der Betrieb einer künftigen Kollektivunterkunft in Thun reibungslos funktionieren kann.

Dringlichkeit wird nicht verlangt

Thun, Dezember 2015



Handwritten signatures in blue ink, including names like G. Blaser, M. Kuff, and others.